

„...es kömmt darauf an, sie zu verändern!“

Theorieverständnis und Politik im ersten Jahrhundert der deutschen Sozialdemokratie

Von Thomas Welskopp

„Von den hohen Bergspitzen der Wissenschaft aus, meine Herren, sieht man das Morgenrot des neuen Tages früher, als unten in dem Gewühle des täglichen Lebens“, proklamierte Ferdinand Lassalle in seinem *Arbeiterprogramm* von 1862. Natürlich sah er sich selbst auf dieser wissenschaftlichen Bergspitze stehen und in das Tal hinab sprechen, in dem die künftige Arbeiterbewegung ihm, so setzte er voraus, andächtig lauschen würde. Daraus leitete der Gründer des *Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins* (ADAV, 1863 in Leipzig konstituiert), den die SPD im Mai dieses Jahres als parteipolitischen Vorläufer gefeiert hat, unverhohlen einen uneingeschränkten Führungsanspruch ab, eine diktatorische Befehlsgewalt, der sich die Arbeiter, wenn sie als Bewegung geschichtsmächtig auftreten wollten, „aus Einsicht“ fügen müssten: „Wohin ich gekommen bin“, sagte er 1864, kurz vor seinem Tod im Duell, „überall habe ich von den Arbeitern Worte gehört, die sich in den Satz zusammenfassen: Wir müssen unser aller Willen in einen einzigen Hammer zusammenschmieden und diesen Hammer in die Hände eines Mannes legen, zu dessen Intelligenz, Charakter und guten Willen wir das nötige Zutrauen haben, damit er aufschlagen könne mit diesem Hammer.“

Der Wissenschaftsbegriff bei Lassalle

Im Besitz der „Wissenschaft“ zu sein, bedeutete für den philosophisch und juristisch geschulten Publizisten Lassalle, autoritative Aussagen treffen zu können über die Diagnose der Gegenwart und die Prognose der Zukunft. Sein Wissenschaftsbegriff nahm den Kampf an zwei Fronten auf: *Zum einen* setzte er den auseinander driftenden nationalpolitischen Positionen im bürgerlichen Lager ein prinzipienstarkes Modell von größter Konsequenz und Kompromisslosigkeit gegenüber, nämlich den Staat im Hegel'schen Sinne „neu zu denken“. Der republikanische Einheitsstaat war für ihn die erstrebenswerte übermächtige Agentur schlechthin, die das gesellschaftliche Gemeinwesen organisieren sollte. Dieser Staat aber musste auf den sozialen und rechtli-

chen Realitäten gründen, wie sie sich im historischen Entwicklungsgang herausgebildet hatten. „Wissenschaft“ hieß dabei „aussprechen was ist“. Gegenüber der gesellschaftlichen Zielgruppe, den Arbeitern, die Lassalle mobilisieren wollte, folgte daraus *zum anderen*, sie auf ein politisches Aktionsprogramm zu verpflichten, das ihnen auferlegte, auf einen eigenen, weitergehenden programmatischen Diskurs gerade zu *verzichten*.

Ein solcher Diskurs war in den Arbeiter- und Arbeiterbildungsvereinen, wie sie in der Revolution von 1848 entstanden waren und seit Anfang der 1860er Jahre nun eine neue Blüte erlebten, zentraler Bestandteil der Milieu- und Organisationskultur. In den Vereinen und Versammlungen diskutierten die Handwerksgesellen, kleinen Meister, städtischen Gewerbetreibenden und randständigen Intellektuellen, die dort den Ton angaben, komplexe Weltbilder von großem Facettenreichtum und ebenso großer Grundsätzlichkeit. Radikale Demokratie und assoziationssozialistische Vorstellungen bildeten hier nur die Schwerpunkte einer Ideologieproduktion, die den „ganzen Menschen“ umfasste und sich, ohne die Bereiche voneinander zu trennen, auch auf die Fragen der Nation, des Humanismus, der Individualität und der Männlichkeit erstreckte. Diese alltagsphilosophische Debatte erhob den Anspruch, das komplette Wissen des 19. Jahrhunderts in sich aufzuheben und zugleich fest in den unmittelbaren Erfahrungsbeständen der Debattierenden zu wurzeln. Ihr ideologischer Diskurs füllte die Praxis in den Arbeitervereinen inhaltlich aus und fand sich in den Praktiken dieser „Minirepubliken“, die als das gesellschaftliche Organisationsmuster der nachrevolutionären Zukunft galten,

zugleich bestätigt. Das Vereinsleben selbst vermittelte zwischen Gegenwartsdiagnose und Zukunftsprognose. Die „freiwillige Assoziation“ in den Vereinen und das dortige unerschrockene Einsteigen für die eigenen Prinzipien in den Regeln der „parlamentarischen Redeweise“ war für die Angehörigen und Sympathisanten der Bewegung einstweilen *Politik*.

Lassalle dagegen tat dies als selbstgenügsame „Vereinsspielerei“ ab. Er verordnete den Arbeitern stattdessen ein anderes Programm: Nicht intern debattieren, sondern nach außen agitieren, hieß die Devise. Sein ADAV war darauf angelegt, durch Mobilisierungserfolge Organisationsmacht anzusam-

eln und dadurch politisches Gewicht zu gewinnen. Das unmittelbare Agitationsziel sollte dabei sein, der Forderung nach dem allgemeinen, gleichen und direkten (Männer-)Wahlrecht Ausdruck zu geben. Das demokratische Wahlrecht verhieß die Revolution „auf diesem oder jenem Wege“ – als Ergebnis eines revolutionären Volkskrieges zum Zweck der nationalen Einigung oder als das rechtmäßige Mittel zur Revolutionierung des Staates selbst: per Stimmzettel. Wie der zukünftige Staat dann aussehen und wie er die Gesellschaft wirtschaftlich und sozial organisieren sollte – Lassalle sprach von gesellschaftsweiten „Produktivgenossenschaften“, finanziert durch Staatskredite –, würde die Zukunft zeigen und blieb allemal seiner eigenen Auslegung vorbehalten. Die Unterordnung der Arbeiter unter das Dogma der Organisation und agitatorischen Außenwirkung verschaffte Lassalle persönlich taktische Freiheit im politischen Tageskampf. Oder so sollte dies zumindest sein. Denn statt 100.000, wie erhofft, gehörten dem ADAV bis 1864 keine 1.600 wirklich aktiven Mitglieder an. Und diese stritten sich durchaus weiter über die *Inhalte* der Politik, wenn dies auch in den folgenden Jahren überwiegend in den Kategorien der „einzig richtigen“ Organisationsform geschah, was dem ADAV aus der Außensicht einen sektiererischen Anstrich verlieh.

Lassalles früher Tod kaschierte das Scheitern einer Strategie, die sozialdemokratische

Im Besitz der „Wissenschaft“ zu sein, bedeutete für Lassalle, autoritative Aussagen treffen zu können über die Gegenwart und die Zukunft.

Bewegung dadurch zu mobilisieren und zu instrumentalisieren, dass er „Wissenschaft“ und Aktionsprogramm voneinander trennte. Die Monopolisierung von „Theorie“ und die Verpflichtung der Basis auf eine gehorsame „politische Praxis“ gelang nicht. In der Folgezeit sollte sich zudem zeigen, dass es mit einer eigenständigen „lassalleanischen Theorie“ nicht weit her war. Ihre Elemente, sofern nicht, wie das „eherne Lohngesetz“, schon bald obsolet, verkamen zur Munition in taktischen organisationspolitischen Kämpfen – die freilich zeitweise eine verheerende Außenwirkung entfalten sollten. Lassalles Wirken brachte eine organisatorische Selbstbezogenheit in die deutsche Sozialdemokratie, die ihr zumindest bis in die Weimarer Republik hermetische Züge verlieh und ihre Fähigkeit zur Wahrnehmung aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen und drängender neuer politischer Aufgaben, die sich daraus ergaben, empfindlich einschränkte.

Wissenschaft und Theorie bei Marx und Engels

Wenn Karl Marx und Friedrich Engels von „Wissenschaft“ und „Theorie“ sprachen – und das taten sie seit den Tagen des *Kommunistischen Manifests* häufiger –, meinten sie ursprünglich das Gegenteil von religiöser Transzendenz, „Ideologie“, „Utopie“ oder politischer „Gefühlsduselei“, die sie vor allem den bürgerlichen Demokraten, in den 1860er und frühen 1870er Jahren aber auch zunehmend ihren sozialdemokratischen Parteifreunden in Deutschland vorwarfen. „Wissenschaftlichkeit“ hieß für sie nüchterner Realitätssinn und eine Rationalität, die von moralisierenden Begründungen praktischer Politik gerade absah. Dem idealistischen Politikstil ihrer Zeit setzten sie eine Position gegenüber, die sich als „materialistisch“ ausgab. Ihr Geltungskriterium bestand im Grunde in der praktischen Wirksamkeit von Politik. Die politischen

Aktivitäten und Ereignisse selbst sollten zeigen, ob man mit den eigenen „theoretischen“ Diagnosen und Prognosen richtig lag. Da eine solche Sicht freilich Vorgriffe auf eine Zukunft notwendig machte, deren Eintreten man erst mittel- oder langfristig erwartete, ersetzte ein Geschichtsoptimismus den ursprünglichen „empirischen Realismus“, der selber idealistische Züge annahm – nur eben auf „soziale Gegenstände“ gerichtet war – und im Laufe der Zeit in Geschichtsdeterminismus umschlug, spätestens als der ältere Engels die „utopische Wende“ der deutschen Sozialdemokratie mit vollzog. Im *Manifest* hatten Marx und Engels geschrieben: „Die theoretischen Sätze der Kommunisten beruhen keineswegs auf Ideen, auf Prinzipien, die von diesem oder jenem Weltverbesserer erfunden oder entdeckt sind. Sie sind nur allgemeine Ausdrücke tatsächlicher Verhältnisse eines existierenden Klassenkampfes, einer unter unseren Augen vor sich gehenden geschichtlichen Bewegung.“

Marx und Engels teilten den Optimismus, die geschichtliche Entwicklung vorbehaltlos verstehen, im Einklang mit ihr politisch handeln und sie dadurch aktiv befördern zu können. Ihre eigene Rolle sahen sie weniger als charismatische Führungspersönlichkeiten denn als Vermittler „theoretischer“ Erklärung und Aufklärung, die die in die „tatsächlichen“ Kämpfe verwickelten Massen dazu befähigen würde, sich zum Souverän über die Geschichte aufzuschwingen. Die Arbeiterbewegung war für sie in aller erster Linie eine „elementare“, spontane Bewegung der Arbeiterschaft selbst, die sie durch „theoretische“ und programmatische Vorgaben nur zu stimulieren beanspruchten. In ihrem praktischen politischen Wirken während der Revolution von 1848 und danach übersetzte sich das in nicht selten überraschend opportunistisch wirkende taktische Spielchen und Schwenks, die unter dem Strich sämtlich den gewünschten

Effekt: die Massenmobilisierung aus eigener Kraft heraus zu bestärken, verfehlten.

Ihre in den Jahrzehnten nach der gescheiterten Revolution immer grundsätzlicheren Auseinandersetzungen mit geschichtsphilosophischen und gesellschaftstheoretischen Problemen standen dabei nicht im Gegensatz zu einer praktischen politischen Tätigkeit, die man, ohne an Denkmälern rütteln zu wollen, besserwisserisch, kleinlich, herablassend und persönlich diffamierend nennen kann. Der Kern von Marxens Politikentwurf steckte seit den 1850er Jahren, seit Beginn des Londoner Exils, im nur langsam Gestalt annehmenden Gesamtkunstwerk des *Kapital*, von dessen Erscheinen er sich die bislang ausgebliebene Initialzündung der Massenbewegung erhoffte. Gegenüber dem Idealbild dieser „elementaren“ revolutionären Arbeiterbewegung fielen die „realen“ Ausprägungen, die sie in der Zwischenzeit bei den großen, aber pragmatischen englischen Gewerkschaften und vor allem in Variante der deutschen Arbeitervereine angenommen hatten, hoffnungslos zurück. Und das wiederum schoben Marx und Engels – wenn nicht auf die geistige Zurückgebliebenheit der handwerklich geprägten Gesellen-Arbeiter, der „Knoten“ und „Straubinger“ in Deutschland, die nicht die „Musterproletarier“ Marx'scher Nomenklatur waren, aber die Mehrheit der dortigen Sozialdemokraten stellten – auf die Unfähigkeit und die Manipulationen rivalisierender politischer Führer. Ihnen gaben sie die Schuld daran, dass die revolutionäre Massenbewegung der Arbeiter nicht aus den Kinderschuhen herauszukommen und sich stattdessen in missgönnerischen Fraktionskämpfen aufzureiben schien. Mit anderen Worten witterten Marx und Engels überall um sich herum Kabalen und Intrigen als den entscheidenden Faktor, der einstweilen verhinderte, dass ihre „theoretischen“ Vorgaben Breitenwirkung erzielten und sich in der Realität einer an Kraft gewinnenden Arbeiterbewegung „von unten“ dann auch empirisch bestätigten. Daraus erklärt sich ganz wesentlich die persönliche Gehässigkeit ihrer praktischen Politik etwa in der *Internationalen Arbeiterassoziation*: Ausschluss und Spaltung waren für sie gängige Instrumente, die ihnen gerechtfertigt schienen, weil man nur durch Elimination der Rivalen der „elementaren“ Bewegung freie Bahn verschaffen könne.

Wie dieser Marx'sche Begriff von „Theorie“ und „Wissenschaft“ in der zeitgenössischen deutschen Sozialdemokratie „ankam“ und wie er sich dabei – mit Folgen, die noch heute spürbar sind – veränderte, zeigt ein Blick auf die Führer der 1869 gegründeten „Eisenacher Partei“, Wilhelm Liebknecht und August Bebel. Liebknecht erkannte Marx seit seinen Londoner Jahren als unangefochtene „wissenschaftliche“ Autorität an, doch vertraute er eher auf die Richtigkeit

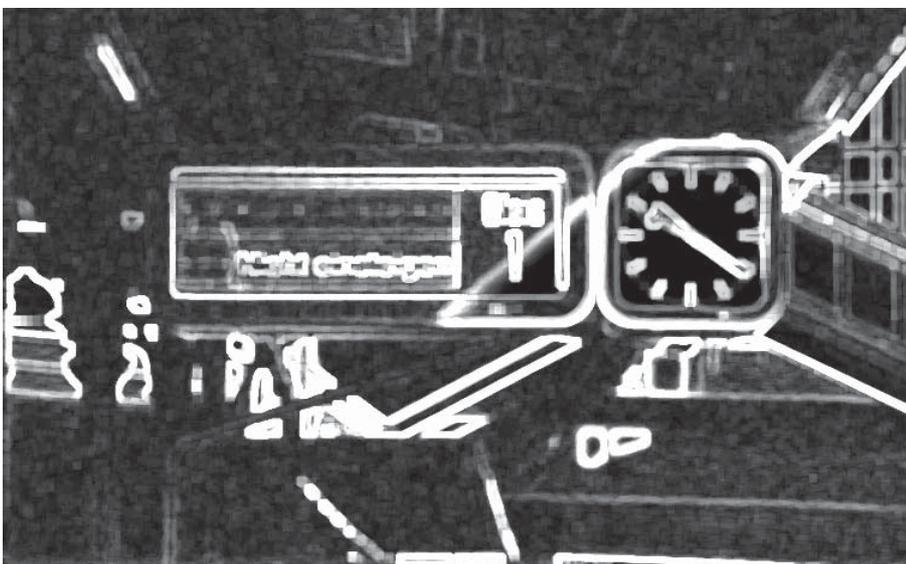


Foto: Christian Kiel (Berlin)

der Marx'schen Gesellschaftsanalyse, als dass er sie sich zueigen machte. Warum, ist gleich zu zeigen. Aber dass Marx zu einer Art „Zitierautorität“ letzter Instanz wurde, legt von den Begründungszwängen in einem innersozialdemokratischen Fraktionskampf Zeugnis ab, der den Londonern aus ihrer Warte *per se* ein Gräuel sein musste: „[E]in vernichtender Schlag für den Lassalle-Kultus würde es sein“, schrieb Bebel etwa um 1870, „wenn Freund Marx dem Wunsche Liebknachts ... nachkäme und in einigen objektiv gehaltenen Artikeln im ‚Volksstaat‘ wissenschaftlich die Fehler und Mängel der Lassalleschen Theorie nachwiese.“ „Wissenschaft“ hieß für Liebknacht aber auch die Fähigkeit, programmatische Festlegungen im permanenten Diskurs der Partei immer wieder an die sich verändernden Gegebenheiten anzupassen: „Der Sozialismus ist nicht bloß eine politische Partei, sondern auch eine Wissenschaft. Wir entwickeln uns, schreiten fort, die geistige Arbeit ist unablässig, neue Gedanken erheischen neue Formen, und was heute dem Einen zu weit gehend ist, mag ihm in einem Jahr gut erscheinen, and was dem Andern reaktionär erscheint, nun, das lässt sich entfernen, sobald der reaktionäre Charakter überzeugend nachgewiesen worden.“

Theoretische Analysen und geschichtliche Notwendigkeit

Das aber verankerte den „wissenschaftlichen“ Anspruch nicht ausschließlich bei den „theoretischen“ Autoritäten, sondern in der Diskurspraxis der ganzen Partei. Nicht nur damit rechtfertigte Liebknacht die regelmäßigen Abweichungen sozialdemokratischer Programmgestaltung von den Londoner Vorgaben. Er machte auch eine prinzipielle Diskrepanz zwischen den hohen Ansprüchen an theoretische Folgerichtigkeit und den pragmatischen Erfordernissen der politischen Tagespraxis geltend. Beides freilich reklamierte eine gewisse Unabhängigkeit von den Übervätern, was Engels 1876 zu dem höhnischen Kommentar veranlasste: „Es ist W[ilhelm]s Sucht, [...] auch theoretisch möglichst unabhängig von uns zu sein, was ihm bei seinem totalen Mangel aller Theorie von jeher weit besser gelungen ist, als er selbst weiß.“ Er müsse gestehen, „dass [Dühring] noch immer ein gebildeter Mann ist gegenüber den theoretischen Pfuschern im Volksstaat, und seine opera immer noch besser, als die jener subjektiv und objektiv dunkeln Herren.“

„Theorie“ meinte mittlerweile dreierlei: eine unanfechtbare gesellschaftsanalytische Basis des eigenen Programms, die sich aufgrund ihrer „wissenschaftlichen“ Autorität einer normativen Begründungspflicht entzog; das eigene, breit in der Partei verteilte „diskursive Kapital“, das sozialdemokratische Positionen aus dem Unterholz der „bloßen Meinungen“, „demokratischen

Schwärmereien“ und „haltlosen Principienreitereien“ heraushob; und schließlich ein Kriterium, anhand dessen man das Auseinanderfallen von Programmatik und Tagespolitik rechtfertigen konnte. Im Grunde war ja schon bei Marx und Engels selber „Theorie“ von einem Vorgriff auf die Zukunft, der sich im Kommenden beweisen musste, zu einem möglichst „reinen“ gesellschaftsanalytischen Aussagesystem mutiert, das sich gegen moralische Widersprüchlichkeiten und Fragen der praktischen Umsetzung durch Verweis auf die geschichtliche Notwendigkeit immunisierte.

Ein solcher Theoriebegriff war der Geburtshelfer für die sozialdemokratische Utopieproduktion, die 1879 mit August Bebels *Frau und der Sozialismus* einen ersten Höhepunkt und vorläufigen Abschluss erfuhr. Hier hatte sich „Theorie“ nicht nur völlig von einer inzwischen gänzlich anders gearteten politischen Praxis gelöst – die sich auf das Organisieren von Wahlkämpfen, das Gewinnen von Reichstagsmandaten und die Verteidigung gegen die staatliche Verfolgung konzentrierte. Sie war auch vom empirischen Testfall unabhängig geworden, da Bebel das Eintreten seiner gesellschaftsanalytisch untermauerten, dann aber hemmungslos „extrapolierten“ Vorhersagen in eine Zukunft verlegt hatte, die nicht nur unbestimmbar fern lag, sondern durch aktives politisches Handeln auch gar nicht mehr verwirklicht werden musste. Der „große Kladderadatsch“, der die Revolution einleitete, würde von selber kommen. Begründungen von Wertentscheidungen, die man auch anders treffen konnte, und die kritische Überprüfung von Umsetzungskriterien, von Übersetzungen von der Analyse und Prognose in konkrete politische Schritte, waren hinter den beschwörenden Verweis auf die Zwangsläufigkeit der geschichtlichen Entwicklung zurückgetreten – so stark, dass es nicht Wunder nimmt, wenn Bebel sich in vielen Passagen gar nicht auf Marx berief, sondern auf *Darwin*.

Es ist bezeichnend, dass Bebels Überlegungen als „belehrende“ Broschüre erschienen (erst in späteren Auflagen wuchs das Werk zu einem Buch heran). Ursprünglich hatte er sie 1875 in die Form eines Programmentwurfs für die zu vereinigende deutsche Sozialdemokratie gegossen, zu dem sein Braunschweiger Freund Wilhelm Bracke erklärte: „Was Deinen Entwurf betrifft, so glaube ich, dass Du zu viele Einzelheiten giebst, zu deren genauer Präzisierung jetzt noch gar nicht die Zeit ist. Ich glaube, in dem ganzen Theile des Programms sollten nur die

heutigen praktischen Forderungen der Partei angesprochen werden. Dagegen sind in den vorangehenden *principiellen* Punkten die *Principien* klar, unzweideutig und möglichst *in's Einzelne* gehend, niederzulegen. In dem praktischen Theil ist dagegen das auszusprechen, was man *heute* schon verlangt u. für dessen Insleben-treten man heute schon agitirt.“ Die sozialdemokratische Utopie kam also als „politische Bellettristik“ auf die Welt, wenn sich Bebel auch mit der „theoretischen“ Fundierung seiner Prognose abmühte: „Andererseits“, gestand er ein, „ist echte Wissenschaft oft mit sehr unangenehmer, widerlicher Arbeit verbunden.“

Die Befreiung vom Determinismus

Für die Folgezeit lässt sich in der Tat festhalten, dass in der „Theorie“ Gesellschaftsanalyse und Programmatik eine kaum noch zu trennende Mischung eingegangen

waren, wobei beide sich durch ihre geschichtsphilosophische Überwölbung jeglicher normativer Kritik und jeglicher praktischen Rechenschaftspflicht entzogen. Es war nun im Grunde völlig gleich, ob die sozialdemokratische „Theorie“ in dieser Zeit wirklich „marxistisch“ geprägt war oder nicht

– Marxens Sozialismus hatte sie, wie ich meine und Marx es ausdrückte, noch immer „nicht einmal hauttief“ absorbiert. Die „Theorie“ bot ein Identifikationsgerüst für eine Bewegung, die sich durch das „Sozialistengesetz“ in den Untergrund gedrängt sah, und die sich um jeden Preis in einer Situation eine Art übergeordneter Identität erhalten musste – die Gewissheit einer „höheren Mission“ –, in der es auf kontroverse Programmdiskussionen und Umsetzungsfragen nun wirklich nicht ankam.

In diesem Zusammenhang war auch das Erfurter Programm von 1891, das die sozialdemokratische Linke Ende der 1960er Jahre als das „marxistischste“ lobte, das die SPD sich jemals gegeben habe, in erster Linie ideologischer Ausdruck einer fortgesetzten gesellschaftlichen Isolierung. Weiterhin bestimmte der „revolutionäre Attentismus“ (Dieter Groh) die „theoretische“ Ausrichtung der SPD. Man hatte sich von der Programmatik auf die Prognostik verlegt. Das Beibehalten der revolutionären Erwartung immunisierte bequem von der Frage, welchen Einfluss die eigene politische Praxis und die sich verändernden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen denn auf einen dogmatischen Kanon haben könnten, der

„Wissenschaft“ hieß für Liebknacht, programmatische Festlegungen im permanenten Diskurs der Partei immer wieder an die sich verändernden Gegebenheiten anzupassen.

nur durch eine Vorstellung von der notwendigen umfassenden Revolution intakt gehalten wurde, die freilich im Grunde mehr und mehr einem apokalyptischen Wunderglauben glich. Die umgekehrte Frage nach den praktischen politischen Konsequenzen dieses Kanons unter den Bedingungen der Zeit stellte sich zwischenzeitlich schon gar nicht mehr.

Sie sollte sich zur Zeit des „Revisionismusstreits“ aber wieder stellen. Eduard Bernstein griff mit seinen Thesen im Grunde das hermetische Theorieverständnis der marxistischen Parteiführung an. Er bestand darauf, Gesellschaftsanalyse und Programmentwicklung wieder unterscheidbar zu machen und beide von ihrem Geschichtsdeterminismus zu befreien. Er schlug vor, den Sozialismus als einen Katalog von Grundwerten zu diskutieren, an denen konkrete politische Schritte sich messen ließen, auch wenn sie weit unterhalb der Schwelle eines revolutionären Systemwechsels, innerhalb des bestehenden Systems, vollzogen wurden. Es ging darum, eine von den „theoretischen Höhen“ des ideologischen Deutungskonzerns SPD weit entfernte pragmatische politische Praxis programmatisch einzubinden – mit dem Konzept der „Reform“. Demgegenüber versuchte die Linke um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die Gesellschaftsanalyse und Revolutionsprognose zeitgemäß fortzuschreiben. Imperialismustheoretische Konzeptionen erklärten gewissermaßen, warum der seit langem vorhergesagte Systemkollaps des Kapitalismus noch nicht eingetreten war, und beschworen umso dringlicher seine Unausweichlichkeit in der näheren Zukunft. Bei aller Gegensätzlichkeit – hier die Wende zum „Reformismus“, dort eine erneut radikalisierte „Revolutionstheorie“ – einte Bernsteins und Luxemburgs „theoretische“ Entwürfe doch, dass sie eine Verbindung zur politischen Praxis zogen. Bei Bernstein hieß dies programmatische Sanktion einer bereits eingeschlagenen politischen Richtung, bei Luxemburgs Einlösung des revolutionären Versprechens durch einen neuen, „spontaneistischen“ Parteiaktivismus. Inhaltlich zeigte sich Karl Kautsky, der zeitgenössische ideologische Gralshüter der Partei, vom radikalen Kurs Rosa Luxemburgs fasziniert, während er Bernsteins Richtung als „revisionistisch“ bekämpfte. Aber dass der revolutionären „Theorie“ nun eine „revolutionäre Praxis“ folgen sollte, hielt er zum damaligen Zeitpunkt für unangebracht.

Obwohl Sozialdemokraten entscheidend bei seiner Ausgestaltung mitgewirkt haben, war der Sozialstaat vor allem auch in der Zeit nach 1945 kein genuin sozialdemokratisches Projekt.

Das „Theorie und Praxis“-Problem der SPD

Obwohl Bernstein einer „reformistischen“ Praxis das Wort redete, vollzog sich diese „theoretische“ Auseinandersetzung weit abgehoben von dem, was nach 1900 als sozialdemokratische Tagespolitik produziert wurde. Hier dominierten mittlerweile die Gewerkschaften und die sozialpolitischen Praktiker, die sich vor allem über die Position der gewerkschaftlichen „Arbeitersekretariate“ als Multifunktionäre profilierten. Diese brauchten keinen Bernstein, um ihre Politik zu formulieren, und wahrscheinlich war der in der Parteiführung isolierte marxistische Gesamtkanon wegen seiner Folgenlosigkeit für sie sogar weit bequemer als die programmatischen Begründungszwänge pragmatischer Politik, die auf sie zugekommen wäre, hätte sich Bernstein durchsetzen können. Eine solche weitsichtige Verbindung von Programmdiskussion und politischer Praxis gab es im sozialdemokratischen Umfeld durchaus – und zwar ausgerechnet bei den als „Ultrapragmatikern“ verschrienen Konsumgenossenschaften. Hier gewann eine Theorie der herausziehenden Massenkonsumgesellschaft Konturen, einschließlich von Visionen, wie sie politisch gestaltet werden könnte, an die das hegemoniale marxistische Theorieverständnis der Zeit, das einseitig produktionsorientiert war, sich nicht einmal in Ansätzen als anschlussfähig erwies – und auch gar keinen Anschluss suchte. Hier haben wir zwei weitere Facetten, die sich im Verhältnis zwischen „Theorie“ und „politischer Praxis“ in der SPD herausgebildet hatten – mit noch heute spürbaren Folgen: *Auf der einen Seite* blieb „Theorie“ zumindest bis in die „Stamokap“-Debatte der sozialdemokratischen Linken für den gesellschaftsanalytisch-programmatischen Gesamtentwurf vorbehalten und weiterhin durch geschichtsdeterministische Setzungen und das Gebot ideologischer Geschlossenheit und „Reinheit“ von den Fragen der Tagespolitik bewusst immunisiert. Das hat die sozialdemokratische Theoriedebatte nicht nur isoliert und letztlich unwirksam gemacht. Verhängnisvoller war nämlich darüber hinaus, dass jene Spezialbereiche, in denen die SPD schon während des Kaiserreichs, dann aber verstärkt in der Weimarer Republik beachtliche Kompetenzen angesammelt hatte – vor allem in den Bereichen Sozialpolitik, Familien- und Arbeitsrecht –, in den „theoretischen“ Diskurs gar nicht einbezogen wurden. Obwohl Sozialdemokraten entschei-

dend bei seiner Ausgestaltung mitgewirkt haben, war der Sozialstaat vor allem auch in der Zeit nach 1945 kein genuin sozialdemokratisches Projekt. Die SPD ist hier in der Regel auf fahrende Züge aufgesprungen. Entsprechend schwer fällt es heute, eine programmatische Debatte über seine zukünftige Gestalt zu führen, die grundsätzlicher und visionärer ist als bloße Besitzstandswahrung, die ich auf Seiten der Linken für ein Zeichen „theoretischer“ Sprachlosigkeit halte. Der Theoriebegriff in der SPD hat politische Umsetzungsfragen und kontroverse Wertediskussionen zu lange marginalisiert. So ist die heute so stark spürbare Polarisierung zwischen „Theorie“ und einer nur noch pragmatischen „Praxis“ nicht zuletzt eine historisch gewachsene Konsequenz eines Theorieverständnisses, das zwischen Gesellschaftsanalyse, Grundwerten und Programmatik nicht mehr unterschieden hat und sich der Frage einer „Theorie der politischen Wirksamkeit“ nur zu gerne entzog. *Auf der anderen Seite* haben die dogmatischen und auch elitären Züge eines solchen Theorieverständnisses einen hemdsärmeligen Pragmatismus regelrecht gezüchtet, der sich gerade gegen die „Theorieelastigkeit“ mancher Grundsatzdebatten profilieren konnte. Wer Visionen hat, solle zum Arzt gehen, hat ja Helmut Schmidt bekanntlich gesagt. Pragmatismus ist zu einem Zweck für sich geworden, der an den Sachzwang appelliert und den bloßen Machterhalt will. Diesen zum Dogma gewordenen Pragmatismus, der geeignet ist, sämtliche diskursive Aktivität in der Partei lahm zu legen, gilt es in aller erster Linie zu bekämpfen. Kann man „Lehren“ aus der Frühgeschichte der Sozialdemokratie ziehen? Eine Einsicht ergäbe sich sicher aus der praktisch-politischen Folgenlosigkeit der historischen „theoretischen“ Großentwürfe. Das ist umso gravierender, da trotz dieser inhaltlichen Folgenlosigkeit erhebliche organisationspolitische Kalamitäten daraus entstanden, dass sie sich in internen Fraktionskämpfen ideologischen Instrumentalisierungen wehrlos ausgesetzt sahen. Der Begriff der „Theorie“ kapselte die Diskussion ab, verurteilte sie aber damit auch zu politischer Passivität. Eine Konsequenz wäre, den Ballast des überstrapazierten Theoriebegriffs abzuwerfen und den politischen Diskurs wieder in die Breite zu öffnen. Das Kriterium der „Theorie“ sollte nicht mehr als Eintrittskarte zu bestimmten diskursiven Foren dienen und damit ausschließend wirken. Die Ganzheitlichkeit und Geschlossenheit des älteren Theorieverständnisses sollte man aufgeben. Die nötigen Wertediskussionen und Umsetzungsfragen müssen in die Basis der Partei hineingetragen werden. Es wäre ihr mehr von dem selbstbewussten, radikaldemokratischen, föderalistischen Debattengeist zu wünschen, der die Sozialdemokratie in ihrer Entstehungszeit ausgezeichnet hatte.